**BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**
**Stadtbürgerschaft**
**20. Wahlperiode**

# Drucksache 20/885 S

**Zu Drs. 20/854 S**
**25. April 2023**

**Bericht und Dringlichkeitsantrag des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Beiräte und bürgerschaftliches Engagement**

## Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter: Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen erhöhen

Die Stadtbürgerschaft hat in ihrer 47. Sitzung am 21. März 2023 den Antrag der Fraktion der CDU an den Ausschuss zur weiteren Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Die Fraktion der CDU verfolgt mit ihrem Antrag das Ziel, weitergehende Transparenz in die Arbeit der Beiräte zu bringen. So solle zu Beginn der Wahlperiode die zu verabschiedende Geschäftsordnung veröffentlicht werden. Einladungen, Beschlüsse und Protokolle sollten umgehend und vollständig auf der Homepage des Ortsamtes veröffentlicht werden.
Zudem sollten Sprecher- und Koordinierungsausschüsse ebenfalls öffentlich tagen. Damit solle der Beschluss des Verwaltungsgerichtes Bremen zur Praxis des Beirates Hemelingen umgesetzt werden, welches ausdrücklich verlange, dass auch diese Ausschüsse öffentlich tagen sollten.

Der Ausschuss hat in seiner Sitzung am 18. April 2023 über den Antrag beraten.

Nach Auffassung der Vertreter der SPD-Fraktion wird mit der Veröffentlichung der Einladungs- und Beiratsunterlagen lediglich eine bereits übliche Praxis gefordert. Dazu müsse das Ortsgesetz nicht geändert werden.
Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90-DIE GRÜNEN weist darüber hinaus darauf hin, dass das Verwaltungsgericht mit seiner Entscheidung (VG Bremen, Beschluss vom 25. Januar 2021, Az. 1 V 1383/20) generell anerkannt habe, dass Sprecher- und Koordinierungsausschüsse nicht öffentlich tagten. Vielmehr habe das Verwaltungsgericht lediglich die Praxis in dem konkreten Fall gerügt, dass über die gesetzliche Ermächtigung hinaus auch Entscheidungen nicht öffentlich getroffen worden seien. Auch deshalb gebe es keinen Grund, das Gesetz zu ändern.

Der Vertreter der CDU äußerte sein Unverständnis. Das Ziel, Transparenz in der Beiratsarbeit zu fördern, werde von allen Fraktionen geteilt. Er hätte dann erwartet, dass man den Antrag nicht einfach ablehne, sondern vernünftige Gegenvorschläge mache.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtbürgerschaft, den Antrag abzulehnen. Die Empfehlung erfolgt mit Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD bei Gegenstimme durch die Fraktion der CDU. Der Vertreter der Fraktion DIE LINKE enthielt sich der Stimme, die Vertreter der FDP und der Gruppe L.F.M. nahmen nicht an der Abstimmung teilt.

**Beschlussempfehlung:**